

Für ein solidarischeres Europa!

Am 9. Juni 2024 wird in Europa gewählt. Für das Europäische Parlament hat Die Linke auf dem Europaparteitag im November in Augsburg ein Wahlprogramm verabschiedet und unsere bundesweite Liste mit Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt. Aus unserem Kreisverband war Peggy Plettner-Voigt von der regionalen Versammlung in Südniedersachsen delegiert worden.

Auf den ersten aussichtsreichen Listenplätzen kandidieren neben Martin Schirdewan und Özlem Alev Demirel-Böhlke, die schon jetzt Die Linke im Europaparlament vertreten, die Kapitänin und Flüchtlingshelferin Carola Rackete und der Sozialmediziner und „Obdachlosenarzt“ Gerhard Trabert, womit Die Linke eine Öffnung ihrer Liste in die Gesellschaft bekräftigt.

Aus Niedersachsen kandidieren die Landesvorstandsmitglieder Johanna Brauer aus Hannover auf Platz 15 und Marianne Esders aus Lüneburg auf Platz 19. Marianne Esders hat bereits an unserer Veranstaltung am 24. Januar mit Gabi Zimmer teilgenommen zu dem Thema „Eine historische Sicht auf ein Europa ohne Krieg und Faschismus – Von Ventone und Buchenwald nach Brüssel und Strasbourg“. Mit dieser Veranstaltung haben wir im Kreisverband im Vorfeld der Europawahl begonnen, einige politische Pflöcke zu setzen.

Den Wahlkampf starten wollen wir am Samstag 4. Mai zwischen 12 und 15 Uhr mit einer „langen Tafel“ vor unserem Büro auf den Goslarschen Höfen. Unsere Kandidatin Marianne Esders hat bereits ihr Kommen zugesagt.

Die europäische Ebene ist für Die Linke ein Wahlkampfgebiet wie die Bundesebene. Es gilt, Schritte zu einem solidarischen Europa zusammen mit den Parteien der Europäischen Linken und anderen Reformkräften zu gehen, für soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Antifaschismus und Frieden. Es kommt bei diesen Wahlen darauf an, sich dem Rechtsruck in Europa zu widersetzen. Rechtsstaatlichkeit, Gewalt-

teilung, aber auch ganz konkrete Politiken der EU etwa in den Bereichen Antidiskriminierung und Arbeitnehmerfreizügigkeit sollten positiv hervorgehoben und verteidigt werden.

Zuletzt hat die sogenannte Säule der Sozialen Rechte in Sachen soziale EU starke Aufmerksamkeit erhalten. Einiges erreicht worden ist mit der in 2022 von der EU verabschiedeten Mindestlohnrichtlinie, zu deren Durchsetzung die Europäische Linksfraktion und die Gewerkschaften viel gearbeitet haben. Darin



V. links: Martin Schirdewan, Carola Rackete, Özlem Alev Demirel-Böhlke, Gerhard Trabert

wird nicht nur eine Höhe des Mindestlohns in den EU-Ländern vorgeschlagen, die nach Lohnniveau zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland bis zum 1.1.2025 bei ca. 14 Euro liegen müsste, statt wie vorgesehen nur von 12,41 auf 12,81 zu steigen. Wichtig für uns in Deutschland ist insbesondere auch die Zielstellung, 80% Tarifbindung zu erreichen. Diese liegt zurzeit nur bei 51%. Die Bundesregierung muss durch ihren Arbeitsminister Hubertus Heil bis November 2024 einen Aktionsplan vorlegen, wie diese 80% erreicht werden sollen. Dieses Ziel wird nicht allein durch ein Bundestariftreuegesetz erreicht werden, dass zweieinhalb Jahre nach der letzten Wahl immer noch nicht verabschiedet. Dazu müssen auch größere Flächentarifverträge im industriellen Bereich für allgemeinverbindlich erklärt werden. Hier handelt es sich um eine wichtige soziale Initiative, die durch das EU-Parlament auf die Liste der gewerkschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen in den einzelnen EU-Ländern gesetzt worden ist.

Wichtig ist es also, am 9. Juni 2024 wählen zu gehen für ein solidarischeres Europa und um dem Rechtsruck entgegenzutreten.

(Michael Ohse)

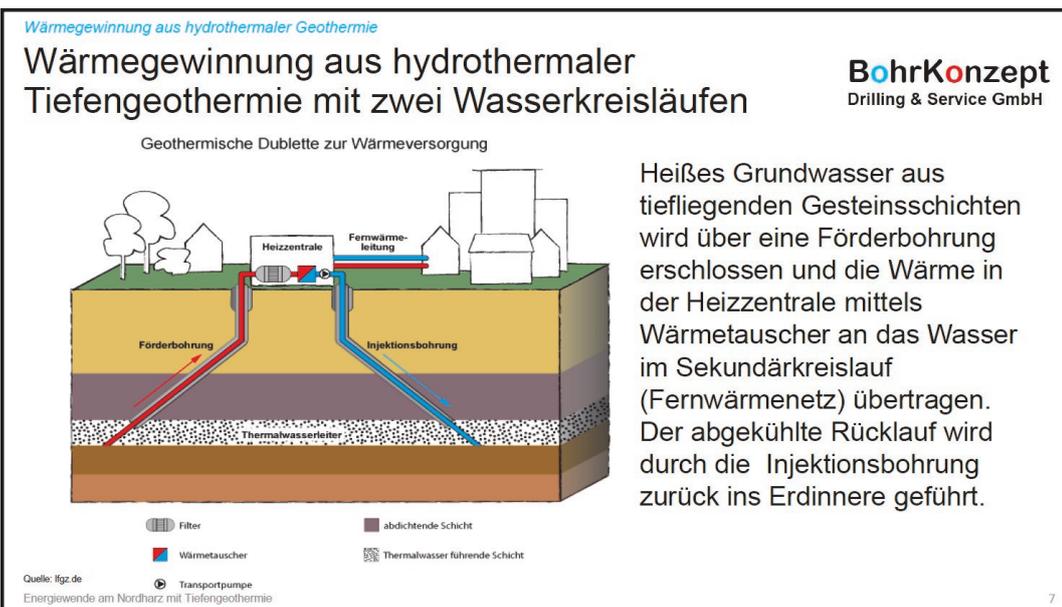
Schaffung eines Wärmenetzes für Goslar Altstadt und Jürgenohl/Kramerswinkel?

Ratsfraktion und Kreistagsfraktion Die Linke haben das neue Jahr mit einer Info-Veranstaltung am 18. Januar begonnen unter dem Titel „Wie bedeutend kann Erdwärme für die kommunale Wärmeversorgung sein?“ Wir haben die Firma BohrKonzept Drilling&Service GmbH (Uwe Bokemüller und Team) eingeladen, uns und Gäste zu informieren. Die Firma hat vom Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) die ab November 2023 zunächst auf zwei Jahre befristete Erlaubnis erhalten, große Teile des

trag und der guten Diskussion nahmen über 20 Personen teil.

Am 31. Januar hat unsere Ratsfraktion Goslar dann gleich einen Antrag gestellt auf schnelle Überprüfung, wo in der Stadt die Schaffung eines Wärmenetzes sinnvoll ist. Unabhängig von der Frage der Energiequelle solle vor Fertigstellung der kommunalen Wärmeplanung die Sinnhaftigkeit eines Wärmenetzes überprüft werden. „Erforderlichkeiten und Möglichkeiten scheinen uns für die Altstadt, die aufgrund der

engen Bebauung und des Denkmalschutzes bei der Wahl von Wärmeerzeugern eingeschränkt ist, und in den Stadtteilen Jürgenohl und Kramerswinkel mit ihrer hohen Quartiersdichte durchaus zu bestehen“, schreiben Rüdiger Wohltmann und Michael Ohse in der Begründung des Antrages. Die bereits lokal initiierte Aufsuchung von Erdwärme aus Tiefengeothermie bilde nur eine Möglichkeit. Der Bau und Betrieb eines Wärmenetzes könne auch bei Nutzung anderer,



Nordharzgürtels des Landkreises Goslar nach Erdwärme zu erkunden. An diesem interessanten Vor-

möglichst erneuerbarer Energien oder Abwärme eine Chance für die Stadtentwicklung sein.

Bundestagsgruppe: Heidi Reichinnek und Sören Pellmann als Vorsitzende neu gewählt

Die Bundestagsgruppe Die Linke besteht jetzt noch aus 28 Abgeordneten, nachdem sich 10 Abgeordnete zur Gruppe Bündnis Sahra Wagenknecht abgespalten haben, darunter auch Amira Mohamed-Ali aus Oldenburg. Nachdem Dietmar Bartsch nicht mehr kandidierte, wurden mit knapper Mehrheit von 14:13 Heidi Reichinnek aus Osnabrück und Sören Pellmann aus Leipzig zu neuen Gruppenvorsitzenden gewählt. Alternativ hatten sich Clara Büniger (aus Sachsen) und Ates Gürpınar (aus Bayern) beworben.

Die Bundestagsgruppe kündigte mehrere Vorhaben an. Derzeit arbeite sie an einer Vorlage für das Parlament zur Abschaffung der Schuldenbremse im Grundgesetz. Weiter werde sie sich für ein Ende sachgrundloser Befristungen von Arbeitsverhältnis-

sen und ein kostenloses Schulessen für alle Kinder einsetzen.

Außerdem werde die Gruppe weitere konkrete Verbesserungen bei Löhnen und Renten in Ostdeutschland einfordern.

Unser regionaler MdB Victor Perli aus Wolfenbüttel ist wie Heidi Reichinnek weiterhin Mitglied der Bundestagsgruppe Die Linke.

Immerhin verlief die Besetzung der Plätze in den Fachausschüssen des Bundestags reibungslos. Gregor Gysi bleibt demnach außenpolitischer Sprecher, Dietmar Bartsch soll verteidigungspolitischer Sprecher und ordentliches Mitglied im Verteidigungsausschuss werden.

(Michael Ohse)

Impressum

DIE LINKE. Kreisverband Goslar, Okerstraße 32, Goslar
Tel.: (0 53 21) 39 79 99
www.die-linke-goslar.de
E-Mail: die-linke-goslar@t-online.de

Redaktionell verantwortlich: Michael Ohse
Spendenkonto: Sparkasse Hildesheim-Goslar-Peine
BIC: NOLADE21HIK
IBAN: DE11 2595 0130 0006 4710 72



Bramkebrücke: Linke kritisiert Straßenbehörde scharf

Unsere Kreistagsfraktion hat Anfang Februar einen Antrag für die Kreistagssitzung am 4. März eingebracht. Peggy Plettner-Voigt und Rüdiger Wohltmann werfen der Goslarer Niederlassung der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr wegen der voraussichtlichen mehrjährigen Sperrung „schwer erträgliche Versäumnisse“ vor.

Der Antrag will erreichen, dass die gesperrte Brücke, über die die L517 nach Schulenberg führt, zumindest für Radfahrer und Fußgänger geöffnet wird und im Winter von Schnee geräumt wird. Während der Sperrung für den motorisierten Fahrzeugverkehr soll eine Fahrtroute um den nördlichen Seitenarm der Okertalsperre für Fahrzeuge der Rettungsdienste und den Schülerverkehr eingerichtet werden. Dazu müssten Waldwege ausgebaut werden. Geprüft werden soll, ob eine solche Route für Einwohnerinnen und Einwohner der Ortschaft Schulenberg mit einer gebührenfreien Sondernutzung (ggf. mit Einschränkungen wie zeitlich begrenzte Nutzung, Gewichtsbeschränkung, wechselseitige Einbahnstraßenregelung mit Ampelanlage) freigegeben werden kann. Die Kosten

dafür soll die Landesbehörde tragen.

Vorausgegangen war eine mehrfach geäußerte Kritik der Betroffenen, dass die Straße bereits seit Ende November gesperrt ist, obwohl noch nicht klar ist, wann eine Sanierung beginnen kann. Bereits bei der Sanierung der Weißwasserbrücke vor zehn Jahren sei bekannt gewesen, dass auch die Bramkebrücke saniert werden müsse. Die Sperrung treffe eine wichtige Verkehrsrouten für die Schulenberger und für Touristen. Schulenberg sei nur über Clausthal-Zellerfeld erreichbar. Das bedeute auch für Kinder und Jugendliche auf dem täglichen Weg in die Schule weite Umwege.

Inzwischen sind aus der Einwohnerschaft Schulenbergs 1000 Aufkleber gedruckt worden: „Wir Schulenberger fordern „Neue Brücke jetzt – Nicht erst 2028“.

(Kreistagsfraktion)



Warnstreiks bei den Stadtbussen

Am 29. Februar und am 1. März hat die Gewerkschaft ver.di wieder zu Warnstreiks bei der Stadtbus Goslar GmbH aufgerufen, nachdem bereits am 2. Februar und am 19./20. Februar warngestreikt worden war. Auf die berechtigten Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen (unter anderem drei Tage mehr Urlaub, längere Ruhezeiten, eine Anpassung der Zeitzuschläge und die Aufwertung der Entgeltordnung) hat der Kommunale Arbeitgeberverband Niedersachsen (KAV) bisher nicht reagiert, sondern stattdessen die für den 4. März geplante vierte Verhandlungsrunde abgesagt. Vorstand sowie Kreistags- und Ratsfraktion unserer Partei haben am ersten Streiktag am 2. Februar eine Solidaritätsadresse an die streikenden Kollegen, an ver.di und an den Betriebsrat übergeben.

„Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Euer Warnstreik steht unmittelbar bevor und eure Tarifverhandlungen verfolgen wir intensiv und mit großer Sorge.

Die laufenden Tarifverhandlungen für die Beschäftigten im kommunalen ÖPNV blieben bislang ergebnislos. Der erhöhte Druck auf die Arbeitgeber ist daher folgerichtig.

Ein Mangel an Arbeitskräften im ÖPNV verursacht einen unglaublichen Druck auf jeden einzelnen Beschäftigten. Fallen Busse aus, so schadet das aber nicht nur den Beschäftigten, sondern dem Image des gesamten Verkehrsbetriebes, den Bürgerinnen und

Bürgern. Die zwingend notwendige Verkehrswende gerät ins Stocken.

Die Entlastung der Beschäftigten von diesem Druck ist unerlässlich.

Die von Euch aufgestellten Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der laufenden Tarifrunde werden von uns geteilt.

Aufgrund der fehlenden Bereitschaft euren Forderungen nachzukommen, ist der Warnstreik die zwangsläufige Folge.

Viele Mitglieder unserer Partei können gut nachempfinden, wie es der Belegschaft, aber auch Betriebsräten und Vertrauensleuten geht, denn sie standen persönlich auch schon in ähnlichen Auseinandersetzungen.

Für uns steht fest: Die Arbeitsbedingungen müssen nachhaltig verbessert werden, um Schaden vom ÖPNV, und nicht zuletzt von den dort beschäftigten Menschen, abzuwenden.

Die Kreistags- und Ratsfraktion sowie der Kreisvorstand Goslar der Partei Die Linke. möchten Euch ihre Solidarität und das Versprechen übermitteln, an Eurer Seite zu stehen, wenn wir gebraucht werden.

Mit solidarischen Grüßen

Peggy Plettner-Voigt, Michael Ohse und Rüdiger Wohltmann für den Kreisverband Goslar, die Fraktionen von Die Linke im Kreistag und Stadtrat Goslar“

„Demokratie verteidigen — AfD stoppen!“

4.000 auf Kundgebung in Goslar

Das Goslarer Bündnis gegen Rechtsextremismus hat am 27. Januar 2024 zu einer Kundgebung aufgerufen und starke Unterstützung aus der Einwohnerschaft Goslars und des Landkreises erhalten.

Alle Ratsfraktionen und Einzelmandatierte unterstützten den Aufruf zur Kundgebung, katholische und evangelische Kirche, DGB, GEW, AWO, Leben in der Fremde, DIDF, Ali Abo-Hamoud, Pulse of Europe, Goslar QUEER, Spurensuche Harzregion, pax christi, Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit und auch Schülervertretung und Eltern des Christian-von-Dohm-Gymnasiums und der Goslarer Tennisclub 72 hatten zur Kundgebung aufgerufen.



Die Rede von Christiane Dahncke für das Bündnis war die erste von 16 Reden. Dann kamen die Goslarer Oberbürgermeisterin Urte Schwerdtner und Landrat Alexander Saipa. Die Reihenfolge der Redebeiträge vier bis sechzehn war ausgelost worden. Für unsere Partei Die Linke sprach Rüdiger Wohltmann. Wichtig war dem Goslarer Bündnis gegen Rechtsextremismus, dass der Goslarer Marktplatz für diese

große Demonstration angemeldet und durchgesetzt wird — wahrscheinlich war es ja die größte politische Willenskundgebung in Goslar seit Bestehen der Bundesrepublik.

Michael Ohse als Anmelder der Kundgebung und zusammen mit Christiane Dahncke Sprecher des Bündnisses betonte zur Eröffnung:

„Wir alle haben durchaus unterschiedliche Auffassungen in etlichen Fragen, und ich möchte euch bitten, dass wir einander mit Respekt begegnen.“

Was uns eint, ist, dass wir die Deportationspläne von Millionen Menschen und die durchgeplante, rassistische ethnische Säuberung des „deutschen Volkskörpers“ durch die rechtsextremen, faschistischen Kräfte

ablehnen und wir sie gemeinsam zurückweisen wollen. Diese Pläne sind nicht einfach ein politischer Vorschlag oder eine politische Meinung, sondern faschistische Menschenverachtung und ein Verbrechen. Sie richten sich direkt gegen Artikel 1 unseres Grundgesetzes und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte: Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Die Linke war mit Transparent und Fahnen auf der Mitte des Marktplatzes am Brunnen gut vertreten (siehe Foto).

Das Bündnis hat für den

4. März zu einem Nachbereitungstreffen eingeladen, um mit allen Parteien, Kirchen, Organisationen und Verbänden, die teilgenommen haben, über die weitere Zusammenarbeit vor Ort zu sprechen.

Das Goslarer Bündnis gegen Rechtsextremismus fordert alle auch weiterhin zur Unterstützung seines neuen Selbstverständnisses auf (siehe nächste Seite unten).
(Michael Ohse)



1.000 auf Kundgebung und Demonstration gegen Rechtsextremismus in Seesen

Eine Woche später, am 3. Februar 2024, demonstrierte in Seesen eine große Menschenmenge gegen Rechtsextremismus. Organisiert hatte Versammlungsleiter Leander Schilling, Schüler des Jacobson-Gymnasiums und Mitglied von Fridays for Future. Aufgerufen hatte ein breites Bündnis gesellschaftlicher Gruppierungen in Seesen — von Parteien über Sportvereine, Harzklub, Schülervertretungen bis hin zu Kirchengemeinden, Kulturorganisationen und Betrieben. Der Kundgebung auf dem Jacobsonplatz schloss sich ein Demonstrationzug durch die Innenstadt an.



Kundgebung in Clausthal-Zellerfeld

Als Proteste gegen die AfD, aufgrund der Correctiv-Recherche aufgekommen und immer größer geworden sind, kamen wir als Linksjugend Menschen aus Clausthal auf die Idee: Wir könnten ja mal eine Kundgebung für genau dieses Thema, was alle demokratischen Parteien verbindet, organisieren. Wir haben also alle Parteien in Clausthal angeschrieben und dazu eingeladen gemeinsam mit uns die Kundgebung zu planen. Zum ersten Treffen hatte uns eigentlich nur die Grüne Oberharz zugesagt, doch wir hatten erstaunliches Glück und im Kellerclub, wo wir uns trafen, - das ist DIE Studentenkneipe in Clausthal - waren viele hilfsbereite Menschen von der Idee einer pro-demokratischen und für Vielfalt einstehenden Demonstration in Clausthal wirklich begeistert. Damit war die Grundlage für eine Basis von Menschen gelegt, die dabei helfen würden, die Demo auf die Beine zu stellen. Und damit sollte alles klappen, wenn auch mit ein paar Holpern!

So war alles ein wenig knapp, die Demonstration wurde erst am Donnerstag, also 2 Tage vor dem geplanten Datum, von der Polizei genehmigt. Und das erst nachdem sie mit dem Menschen, der die Demo angemeldet hatte (jemand vom Kellerclub hatte sich dazu erbarmt), den Versammlungsplatz begangen hatten.

Es blieben uns also zwei Tage, um im besten Falle die 500 Demonstranten, die wir angemeldet hatten, in Clausthal zu erreichen. Durch das klassische Plakate-Verteilen und mit Instagram klappte es aber.

Die Kundgebung fand nun also am 10. Februar um 15 Uhr vor der Marktkirche erfolgreich statt. Geplant

war, dass Linnéa die Moderation übernimmt und Gian die Anfangsrede hält. (Linnéa und Gian sind beide 'solids!) Nach uns kam Ines Peinemann (CDU) als Vertretung für die Bürgermeisterin, Sylvia Schattauer (Präsidentin der TU Clausthal), Pastorin Mirja Rohr, Ali Abo Hamoud (FDP), Silke Köstler-Holste für das Robert-Koch-Gymnasium, Sakr und Mildred als Schüler*innenvertretung der Haupt- und Realschule, Wolfram Haeseler für die Glück-Auf Gruppe im Stadtrat, MdL Alexander Saade (SPD), Inga Rutz (SPD) und



Markus Reith für Bürger helfen Bürger. Es kamen um die 400 Menschen, dafür dass wir erst ab Donnerstag die Möglichkeit hatten Werbung zu machen, waren es echt viele Menschen. Im Ganzen sind wir als Orga-Team super glücklich, dass die Kundgebung so ein reibungsloser Erfolg war. Und vielen Dank an alle anderen Personen, die noch mitbeteiligt waren oder zur Kundgebung erschienen sind!

(Gian Luca Maib)

Selbstverständnis des Goslarer Bündnisses gegen Rechtsextremismus

Bisher haben 26 Organisationen und etwa 200 Einzelpersonen unterschrieben, darunter Kreisverband Die Linke, Kreistags- und Ratsfraktion sowie Linksjugend. Wir bitten um weitere persönliche Unterstützung.

Das Goslarer Bündnis gegen Rechtsextremismus ist im Herbst 2007 auf Initiative des DGB gegen die Landtagskandidatur der NPD gegründet worden. Wir



sind ein Zusammenschluss von Personen und Gruppierungen aus Goslar und Umgebung. Unser Ziel ist es, uns selbstbewusst und deutlich gegen rechtsextreme Positionen und Aktivitäten zu stellen. Das Bündnis wendet sich sowohl gegen nationalistische Tendenzen als auch gegen populistische Strategien, die rechtsextreme Ansichten zunehmend salonfähig machen. Rechtsextremismus ist dabei ein Oberbegriff für Einstellungen,

die die Demokratie und die Gleichwertigkeit aller Menschen ablehnen.

Rechte Positionen reichen bis in die Mitte der Gesellschaft und sind insbesondere mit der AfD im Bundestag vertreten. In einer sich schnell verändernden globalen politischen Lage nutzen und verstärken sie die Unsicherheit der Menschen. Es werden Ängste geschürt bzw. kanalisiert und die Grenzen des Sagbaren immer weiter nach rechts verschoben. - Dagegen wenden wir uns.

Unser Bündnis versteht sich als Zusammenschluss für das Agieren und Reagieren gegen rechtsextreme Einstellungen, Gruppierungen und Parteien. Wir setzen uns intensiv mit den rechtsextremen und rechtspopulistischen Erscheinungsformen in unserer Region auseinander. Wir organisieren Recherche, Information und Aufklärung, Protest und Widerstand. Für uns ist es dabei entscheidend, möglichst viele Menschen miteinzubeziehen und für die Wichtigkeit des Themas zu sensibilisieren.

Kürzungshaushalt und Sozialabbau stoppen!

Am 13.11.23 war Victor Perli in Goslar, um über den geplanten Kürzungshaushalt zu referieren. Dieser sieht Kürzungen in allen Bereichen vor, nur nicht bei der Bundeswehr. Die Aufrüstung schreitet voran. Dabei wären z.B. Maßnahmen gegen die Bildungs-krise, Kinderarmut, Pflegenotstand, Wohnungsnot und für einen funktionierenden und bezahlbaren ÖPNV dringend nötig. Die Beibehaltung der Schuldenbremse und die steuerliche Ungerechtigkeit verhindern deren Finanzierung.

Um den Sozialstaat auszubauen, müsste der Reichtum gerecht besteuert werden u.a. durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Erhöhung der Erbschaftssteuer. Die Superreichen zahlen oft nur 1% Steuern. In Deutschland ist das Gesamtvermögen der fünf reichsten Menschen seit 2020 inflationsbereinigt



von etwa 82 auf etwa 143 Milliarden Euro gewachsen. Das ist der Zweck des Wirtschaftswachstums.

(Karsten Färber)

Mindestlohnbetrug nimmt zu

Die Zahl der Ermittlungsverfahren wegen Verstößen gegen das Mindestlohngesetz ist im vergangenen Jahr nach Angaben des Bundesfinanzministeriums gestiegen. Dabei wurden erheblich weniger Firmen überprüft als im Vorjahr. 2023 habe die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) des Zolls 7249 Ermittlungsverfahren wegen Mindestlohnverstößen eingeleitet, heißt es in einer Antwort des Bundesfinanzministeriums auf eine Anfrage des Linke-Bundestagsabgeordneten Victor Perli, die der dpa am Dienstag vorlag. 2022 zählte die Behörde noch 5898 Verfahren.

Demzufolge dürfte auch die Dunkelziffer noch höher geworden sein. Perli ist Initiator des Portals www.mindestlohnbetrug.de, auf dem Menschen Fälle melden können. Gängige Tricks sind unrealistisch hohe Leistungsvorgaben pro Arbeitstag, Abzüge wegen angeblich schlechter Arbeit oder Abzüge für bereitgestellte Geräte, Arbeitskleidung oder Mahlzeiten. All das ist laut Mindestlohngesetz nicht zulässig.

Nach der Erhöhung des Mindestlohns auf zwölf Euro zum 1. Oktober 2022 sei die Zahl der Meldungen auf dem Portal deutlich angestiegen, so Perli. Es brauche unter anderem strengere Regeln bei der Arbeitszeiterfassung, um Betrug leichter nachweisen zu können, und mehr Kontrollen. Seit Jahresbeginn beträgt der Mindestlohn 12,41 Euro brutto je Stunde.

Der Zoll überprüfte nach Angaben des Ministeriums im vergangenen Jahr 42 631 Betriebe. 2022 hatte es noch 53 182 Prüfungen gegeben. Die meisten Kontrollen gab es demnach im Baugewerbe, in Gaststätten und Hotels sowie in der Speditions- und Transportbranche. Den Zahlen zufolge führte 2022 noch gut jede zehnte Kontrolle zu einem Ermittlungsverfahren, im vergangenen Jahr dagegen bereits jede sechste.

Die Gewerkschaften fordern seit Jahren eine bessere personelle Ausstattung der FKS, um eine ausreichende

de Zahl an Überprüfungen zu gewährleisten. Die derzeit ermittelten Betrugsfälle sind einer Analyse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) für den Deutschen Gewerkschaftsbund zufolge nicht einmal die Spitze des Eisbergs. Das DIW geht von 2,4 Millionen Beschäftigten aus, die weniger bekommen als den gesetzlichen Mindestlohn.

Die auch für die Landwirtschaft zuständige IG BAU

Mindestlohnbetrug aufdecken!

Über 2,4 Millionen Beschäftigten wird der gesetzliche Mindestlohn verweigert. Diesen Zuständen wollen wir ein Ende setzen. Gemeinsam mit eurer Hilfe decken wir Mindestlohnbetrug auf: www.mindestlohnbetrug.de

www.mindestlohnbetrug.de

hatte im vergangenen Jahr gefordert, die Zahl der Beamten der FKS auf mindestens 16 000 zu verdoppeln. Derzeit hat die Behörde eine Sollgröße von 8600 Stellen, von denen aber viele unbesetzt sind. Die Ampel-Koalition plant, das Personal bis zum Jahr 2029 auf 14 000 Stellen aufzustocken.

(ND 6.2.2024, Jana Frielinghaus: mit dpa)

Aufruf zu Antikriegs-Aktionen zum zweiten Jahrestag des russischen Angriffs auf die Ukraine am 24. Februar 2024

Diesen von der DFG initiierten Aufruf zu Kundgebungen in fünf bundesdeutschen Städten hat der Parteivorstand Die Linke auf seiner Sitzung am 27. Januar 2024 unterstützt:

„Stoppt das Töten in der Ukraine – für Waffenstillstand und Verhandlungen!

Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Wir verurteilen den seit nunmehr zwei Jahren andauernden, völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die gesamte Ukraine. Der Krieg hat seit dem 24.2.2022 zu hunderttausenden Toten und Verletzten sowie Millionen Geflüchteten geführt – jeder Tag, den der Krieg dauert, führt zu noch mehr Leid. Der Krieg hat eine Vorgeschichte, in der auch die NATO eine negative Rolle spielt. Diese Vorgeschichte kann jedoch nicht den Angriff Russlands rechtfertigen. Russland kann seine Truppen außerdem jederzeit abziehen und damit diesen Krieg beenden. Bisher haben weder militärische Offensiven noch Waffenlieferungen oder Sanktionen ein Zeitfenster für Waffenstillstandsgespräche eröffnen können. Die internationale Gemeinschaft ist gefordert, auf die kriegführenden Parteien Einfluss zu nehmen und auf eine Verhandlungslösung zu drängen. Gestützt wird die Forderung nach Verhandlungen auch durch die Beschlüsse der UN-Generalversammlung.

Wir treten ein für:

- einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen,
- entsprechende diplomatische Initiativen durch die Bundesregierung, die EU, die Vereinten Nationen, die OSZE und andere,
- den Abzug des russischen Militärs, aller ausländischen bewaffneten Einheiten und aller Söldner aus der Ukraine,
- den sofortigen Stopp des Einsatzes international geächteter oder umstrittener Waffen wie Streumunition, Landminen und Uranmunition,
- einen Stopp der Lieferungen von Waffen, die den Krieg verlängern oder weiter eskalieren,
- ein Ende der Drohungen mit Atomwaffen,
- die Einhaltung des Völker- und Menschenrechts sowie der Genfer Konventionen,

- weitere humanitäre Unterstützung für die Menschen in der Ukraine,
- Schutz und Asyl für alle Menschen, die dem Krieg entfliehen wollen,
- ein Ende der Verfolgung von Kriegsdienstverweiger*innen, Militärdienstentzieher*innen und Deserteur*innen in Russland, Belarus und der Ukraine,
- die Aufklärung von Kriegsverbrechen und juristische Verfolgung von Täter*innen,
- sichere Routen für Nahrungsmittelsexporte aus der Ukraine,
- ein Ende der weltweiten Aufrüstung und den Beginn von Abrüstungsinitiativen.

Werdet aktiv für eine friedlichere Welt!

Zum zweiten Jahrestag des russischen Angriffs auf die Ukraine rufen wir zu regionalen Antikriegs-Aktionen auf. Wir werden ein Zeichen setzen für das Durchbrechen der Gewaltspirale, für einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen! Wir sind ein Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen und solidarisch mit allen Menschen, die sich gegen Krieg einsetzen. Deshalb ist für Menschen und Gruppen aus dem nationalistischen, antidemokratischen oder rechtsextremen Spektrum und solchen, die mit ihnen zusammenarbeiten, auf unseren Aktionen kein Platz. Ebenso erteilen wir Menschen und Gruppen eine Absage, die Verschwörungsmythen anhängen oder gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie etwa Rassismus, Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit und Sexismus verbreiten. Wir streiten für eine Welt, in der alle Menschen frei, friedlich und in Sicherheit leben können!“

Unterzeichner*innen (bundesweite Gruppen Stand: 5. 1. 2024):

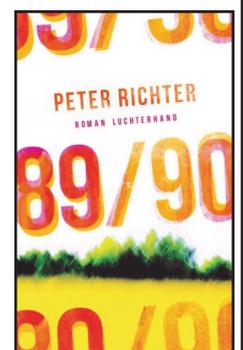
Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, Bund für Soziale Verteidigung, church and peace, Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, Informationsstelle Militarisation, Internationale der Kriegsdienstgegner*innen, Internationaler Versöhnungsbund, IPPNW, Martin-Niemöller-Stiftung, NaturFreunde Deutschlands, Ohne Rüstung Leben, pax christi, Sicherheit neu denken, Werkstatt für Gewaltfreie Aktionen

Lesetipp

Peter Richter: 89/90

Das Wendejahr 89/90 begann im Sommer 1989 mit den nächtlichen Parties im Freibad und endete 1990 mit Straßenschlachten zwischen Punks und Neonazis in Dresden. Konzerte im FDJ-Jugendclub und in der Kirche, wo sich die Hippies treffen, bieten die Freiräume für linke Jugendliche in der Vorwendezeit. Wenn deine Freundin eine gläubige Kommunistin ist und die Kumpels aus dem Freibad zu Neonazis werden, zeigen sich die Widersprüchlichkeiten dieser Zeit. Als Helmut Kohl 1990 nach Dresden kommt, jubelt das Volk und die linken Jugendlichen buhen. Das normale Volk das sind die „Schimmelmenschen“. Peter Richter beschreibt in seinem autobiografischen Roman das chaotische Ende der DDR aus der Sicht eines damals Sechzehnjährigen – pointiert, authentisch und sprachlich brillant.

Luchterhand Literaturverlag, München 2015, ISBN 9783630874623, 416 Seiten, EUR 19,99





8. März 2024: Internationaler Frauentag Auszug aus dem Veranstaltungsangebot

Mitmachaktion am Schaufenster des Büros

Die Linke | offen für alle

Mi. 06.03. – Sa. 16.03.2024

Okerstr. 32, Goslar – Goslarsche Höfe

Einmal unsere Stadt durch die „Lila“ Brille sehen.

- Wie sieht ein ideales Goslar für Frauen aus?
- Welche Angebote für Frauen gäbe es?
- Was würden Frauen in ihrer Freizeit tun?

In unserem „Lila“ Fenster stellen wir Dir genau diese Fragen.

Die Aktion ist Teil des Programms zum Internationalen Frauentag 2024.

Veranstaltet durch:

Frauen-Arbeitsgemeinschaft im Landkreis Goslar (FRAG), Gleichstellungsbeauftragte Landkreis Goslar, Gleichstellungsbeauftragte Stadt Goslar, Gleichstellungsbeauftragte Stadt Clausthal-Zellerfeld in **Kooperation** mit dem landkreisweiten Bündnis 8. März.

Tipp: Viele von Inhaberinnen geführte Geschäfte im Landkreis beteiligen sich an dieser Aktion.

Frauen – M(m)acht – Politik

So heißt der Rundgang, den Peggy Plettner-Voigt zusammen mit der Arbeitsgruppe Goslarer frauenORT im Rahmen des Internationalen Frauentages anbietet.



Alle Interessierten können etwas über das Wirken der Kaiserinnen Gisela und Agnes, der Brauerinnen und Meisterwitwen, der Heilkunst der Johanna Heimbs, der streitbaren Priorin des Klosters Neuwerk Eleonore von Sommerlatt und

der Politikerin Katharina von Karldorff-Oheimb erfahren.

Der ca. 2-stündige Rundgang ist informativ, kurzweilig und kostenfrei.

Treffpunkt: Samstag, 9. März 2024, ab 14:30 Uhr an der Domvorhalle am Kaiserpfalzparkplatz.

Es wird um Anmeldung bis zum 08. März 2024 bei der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Goslar Vera Tietz, gebeten.

Telefon: 05321 704-396 oder E-Mail: gleichstellungsbeauftragte@goslar.de.



Demokratie stärken heißt Frauenrechte stärken!

Frauenblick auf die EU-Wahl am 9. Juni 2024

Termin: Sonntag, 17. März 2024, 10.30 Uhr, MachMitHaus!, Markt 7, Goslar

Keine Anmeldung erforderlich. Eintritt frei.

Veranstaltende: DGB-Frauen Goslar, Gleichstellungsbeauftragte Landkreis Goslar, Gleichstellungsbeauftragte Stadt Goslar, Frauen-Arbeitsgemeinschaft im Landkreis Goslar (FRAG)

Sonstige Termine

Mittwoch, 20.03.2024, 19.00 Uhr, Goslarsche Höfe, Forum: Tarifwende und Europawahlen. DGB-Kreisverband lädt ein

Donnerstag, 21.03.2024, 19.00 Uhr, Frankenberg Gemeinde: Internationaler Tag gegen Rassismus. Verschärfungen im Asylrecht. Verein Leben in der Fremde e.V. lädt ein.

Dienstag, 26. 03.2024, 19.00 Uhr, Büro Die Linke: Ratsfraktion lädt ein: Diskussion zum Kaiserpfalzquartier „Die Entscheidung bedarf konkreter Grundlagen — worauf kommt es an?“

Montag, 08.04.2024, 18.00 Uhr , Büro Die Linke: Kreistagsfraktion lädt ein: Kommunalen Inklusionsbericht - Wie geht es weiter?

Montag, 22.04.2024, 17.00 Uhr, Büro Die Linke: Kreistagsfraktion lädt ein: Pflegebericht 2023 - Kommunale Handlungsoptionen

Montag, 1. Mai 2024, 10.00 Uhr: Treffen an der Kaiserpfalz zur Maidemo 2023 des DGB, **11.15 bis 13.00 Uhr:** Maifest auf der Museumsplaza. Mairdner: Marc Jäger, Gewerkschaftssekretär ver.di, Bezirk Region Süd-Ost-Niedersachsen. Musik: „3/4 Helden“, Infostände, Speisen und Getränke

Samstag, 4. Mai 2024, 12-15.00 Uhr: Wahlkampfauftakt vor dem Büro auf den Höfen.

Samstag, 27. Juli 2024, 17.00 Uhr: Sommerfest mit Politik, Musik, Essen und Getränken auf den Höfen